

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Markus Blume

Abg. Annette Karl

Abg. Markus Ganserer

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Klaus Holetschek

Staatsminister Dr. Markus Söder

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen nun zur Tagesordnung. Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER

"Der langsame Ausbau des schnellen Internets in Bayern"

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt. – Erster Redner ist der Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Guten Morgen, Herr Präsident und verehrtes Präsidium, guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen, Herr Staatsminister! Als wir FREIEN WÄHLER vor acht Jahren hier in den Bayerischen Landtag einzogen, traten wir den Weg zu einem schnellen Internet und in eine Gigabit-Offensive an, und wir hatten eigentlich das Ziel, dass jedes Haus in Bayern eine Glasfaserleitung und schnelles Internet hat. In der letzten Periode haben wir erlebt, dass sich Wirtschaftsminister Zeil mit dem Breitbandausbau sehr schwer tat. Staatsminister Söder ist das Ziel dann ganz anders angegangen. Momentan haben wir einen gewissen Stand erreicht; aber man muss der die Staatsregierung tragenden CSU sagen, dass sie jetzt die nächste Stufe angehen muss. Das bedeutet, nicht bei 30 Mbit/s stehen zu bleiben; denn es gab in den Jahren 2014, 2015 und 2016 – 2014 hatten 60 % der Haushalte 30 Mbit/s, und jetzt sind es 68 % – keinen wesentlichen Fortschritt mehr. Wir brauchen also einen deutlich schnelleren Fortschritt.

Sie haben selbst in Banz eine Stellungnahme für die bayerische Wirtschaft abgegeben. Für die Unternehmen in Bayern ist nichts wichtiger als eine gute Infrastruktur, und ganz oben steht die digitale Infrastruktur. Wenn Sie heute die Wirtschaftsunternehmen fragen, erfahren Sie, dass für sie ein schnelles Internet, der Breitbandausbau, die Fachkräftesicherung und eine gute Schulbildung am wichtigsten sind. Erst an sechster Position kommt der ausgeglichene Haushalt. Deshalb fordern wir, in die Zukunft und in den Fortschritt zu investieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben einmal mit einem Haushaltstitel von 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau in Bayern begonnen. Das Programm für 30 Mbit/s ist aktuell so gut wie komplett umgesetzt, und wir sind bei 500 Millionen Euro. Das bedeutet, dass es noch eine große finanzielle Reserve gibt. Wenn man sich ansieht, wie lange es bei der Europäischen Union gedauert hat, dieses Programm zu notifizieren, muss man Sie auffordern: Denken Sie an den nächsten Schritt, denken Sie über die 50 Mbit/s hinaus, und sorgen Sie für Glasfaserleitungen in jedes Gebäude! Wenn wir den Gedanken der Gigabit-Offensive wirklich ernst meinen, sind wir in diesem Haus gefordert, mit dem freien Finanzvolumen ein Förderprogramm zu gestalten, mit dem die nächste Stufe in Bayern kraftvoll erreicht wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fragen Sie die Unternehmer in Niederbayern! 50 % der Unternehmer in Niederbayern sagen: Der Breitbandausbau ist zu gering. In der Oberpfalz sind nur 45 % mit dem Breitbandausbau zufrieden, und in Oberfranken sind es 37 %. Das ist deutlich zu wenig. Im Interesse des Mittelstands, der das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft darstellt, fordern wir Sie auf: Kommen Sie schneller voran! Sonst haben wir, wie es in der Überschrift dieser Aktuellen Stunde heißt, nur einen langsamen Ausbau des schnellen Internets. Kommen Sie zum nächsten Schritt, und legen Sie ein neues Förderprogramm für Glasfaserleitungen in jedes Gebäude auf!

Wir durften das Ergebnis Ihrer Klausur erleben. Der Finanzminister hat verkündet, dass ein Höfebonus eingeführt wird. Der Höfebonus ist natürlich dem geschuldet, dass man, wie wir immer wieder gesagt haben, beim Breitbandprogramm mit den Flächengemeinden komplett anders umgehen muss. Die Flächengemeinden mit 25 bis 30 Weilern und Ortsteilen kommen beim jetzigen Förderprogramm einfach zu kurz. Darauf haben Sie natürlich reagiert und einen Höfebonus ins Gespräch gebracht. Auf der anderen Seite wollen Erwin Huber und die Wirtschaftsministerin Glasfaserleitungen in jedes Amtsgebäude und in jedes Schulgebäude. Was denn jetzt? Glasfaserleitungen in alle Schulgebäude oder Höfebonus? – Nein, Sie müssen dem Landtag ein

Programm aus einem Guss vorlegen und sollten nicht die Eitelkeiten um die eventuelle Nachfolge des Ministerpräsidenten durch Schlagzeilen unterstützen. Schaffen Sie ein Programm für die nächste Stufe!

(Zuruf von der CSU: Jetzt ist die Redezeit abgelaufen!)

– Von wegen. – Heute finden Sie in jedem Elektromarkt Fernseher mit der 4K-Auflösung. Wenn Sie mit 4K fernsehen wollen, brauchen Sie aber breitbandiges Internet und einen ganz anderen Ansatz. Nehmen Sie die Aktuelle Stunde als Aufforderung, legen Sie dem Landtag einen neuen Handlungsrahmen vor, wie Sie mit dem freien Finanzvolumen umgehen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Blume von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Erwartungen werden nach oben geschraubt! –
Zuruf von der SPD: Und das Pult!)

Lieber Herr Kollege Glauber, mit Ihnen beginnt ein solcher Tag gleich mit einer dicken Enttäuschung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Im Grunde habe ich mich auf die Aktuelle Stunde gefreut, weil wir damit einmal mehr Gelegenheit haben darzustellen, warum wir mit dem Breitbandausbau in Bayern so gut vorankommen. Außerdem dachte ich, wir könnten uns vielleicht auch mit dem einen oder anderen aktuellen Thema auseinandersetzen, aber nichts, gar nichts! Im Gegenteil: Ich verstehe im Nachhinein die Pressemitteilung nicht mehr, die Sie verschickt und in der Sie groß über aktuelle Schwierigkeiten berichtet haben. Ich habe von Ihnen nichts mehr über Schwierigkeiten gehört

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die kommen noch!)

und gehe deshalb davon aus, dass Sie im Grunde mit dem Programm doch ganz zufrieden sind.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kommen nicht umhin zu sagen: Breitband in Bayern ist eine absolute Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CSU)

Das Förderprogramm der Bayerischen Staatsregierung ist einmalig in Deutschland. Sie wissen, dass wir auch mit dem Finanzvolumen von 1,5 Milliarden Euro, das wir hierfür bereitgestellt haben, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa allein auf weiter Flur sind. Über 96 % der Kommunen sind in das Förderverfahren eingestiegen. Lieber Herr Kollege Glauber, von 2.056 Kommunen sind es 1.979, also im Grunde alle. Wer sich dann hinstellt und sagt, es gehe nichts voran in Bayern, der kann wohl nicht in diesem Land leben oder weiß nicht, was draußen los ist.

(Beifall von der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Zuhören!)

Es ist auch nicht so, dass sie vielleicht im Förderverfahren sind, aber tatsächlich noch nichts bei ihnen ankommt, sondern die Wahrheit ist: 1.416 Kommunen haben bereits einen ersten Förderbescheid erhalten, und insgesamt ist bereits über eine halbe Milliarde Euro an Mitteln abgeflossen. Wir schaffen es damit, 570.000 bislang unversorgte Haushalte an das schnelle Internet anzuschließen, und – das war ja ein Petitum von Ihnen – es findet natürlich auch Glasfaserausbau statt. Im gesamten Freistaat wurden 25.000 km Glasfaserleitungen verlegt. Allein an dieser Zahl sieht man, dass hier der Breitbandausbau gewaltig vorangeht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheidend ist, was bei den Menschen ankommt. Ich kann Ihnen sagen, dass bei den Menschen sehr viel ankommt. Die Versorgung hat sich – anders, als Sie es gerade gesagt haben – in den letzten beiden Jahren signifikant verbessert. Im Bereich von 50 Mbit/s ist sie um

15 Prozentpunkte gestiegen, nämlich von 53 % auf 68,7 %. 900.000 Haushalte profitieren heute von einem schnellen Internet mit mindestens 50 Mbit/s. Herr Kollege Glauber, diesen Erfolg sollten Sie nicht kleinreden; denn das ist etwas, was gerade den Menschen im ländlichen Raum hilft.

(Beifall bei der CSU)

So komme ich auch nicht umhin zu sagen, dass die Argumentation beim Thema Breitband bei den FREIEN WÄHLERN Schmalspur ist.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich gibt es beim Ausbau draußen auch Probleme – ich erlaube mir, auf Ihre Pressemitteilung einzugehen –, aber das spricht doch nicht gegen das Programm. Ganz im Gegenteil: Das zeigt, dass das Programm so erfolgreich ist, dass alle Firmen, die hier unterwegs sind, an ihren Kapazitätsgrenzen arbeiten. Deswegen sollten Sie hier auch keine Nebelkerzen werfen, sondern sich trauen, einmal zu sagen, dass das, was auf den Weg gebracht wurde, einfach ein gutes Programm ist, meine Damen und Herren.

Wissen Sie, was mich erstaunt, wenn ich die eine oder andere Problembeschreibung lese? – Manchmal habe ich den Eindruck, die Probleme sind dort am größten, wo Sie den Bürgermeister stellen.

(Beifall bei der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Ihr zweiter Redner hat noch Gelegenheit, diesen Sachverhalt aufzuklären; es würde mich wirklich interessieren, woran das liegt.

Ich stelle aber noch eine andere Frage. Bei dem, was Sie in Ihrer Pressemitteilung suggerieren, frage ich mich, welches Staatsverständnis dahintersteht. Wenn irgendwo irgendjemand, der einen Auftrag vom Staat erhält, seine Leistung nicht erbringt, dann

erwarten Sie, dass der Freistaat und am besten der Finanzminister persönlich noch einmal hinterhersteigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das zu Ende denkt, muss man davon ausgehen: Sie werden irgendwann sagen, der Finanzminister Söder oder die Staatsregierung muss aktiv werden, wenn in irgendeinem Rathaus die Klospülung klemmt. Das kann doch nicht das sein, was wir vom Freistaat Bayern an dieser Stelle erwarten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
In der Vorstufe zum Paradies! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und
der SPD)

– Ja, die Klospülung wird wahrscheinlich auch nur in FREIE-WÄHLER-Rathäusern klemmen.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oh! – Heiterkeit bei der SPD)

Wir sind uns in einem Punkt einig – –

(Unruhe)

– Ja, vielleicht regen Sie sich wieder ab.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Anhaltende Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Also, ich merke, das Thema beschäftigt Sie doch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie auch!)

Wir sind uns doch in einem Punkt einig: Breitbandausbau, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Daueraufgabe. Hier hat auch niemand etwas anderes behauptet. Wer denkt, dass wir bei 30 Mbit/s oder bei 50 Mbit/s das Ende der Fahnenstange erreicht haben,

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sie schon!)

der hat nicht verstanden, wie die Entwicklung in der Digitalisierung vorangeht.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Deswegen gilt doch schon lange der Grundsatz: Überall so viel Glasfaser wie möglich. Wenn Sie sich heute die Neubaugebiete und die Gewerbegebiete ansehen, werden Sie feststellen, dass dort die Glasfaser inzwischen der Regelanschluss ist.

Worum wir uns aber alle bemühen müssen – der Finanzminister tut das auch –, ist die Sicherstellung der Möglichkeit einer zweiten Förderrunde, damit wir auch dort fördern können, wo bereits 30 Mbit/s anliegen. Da gibt es eine Aufgabe bei der Europäischen Kommission zu lösen, und ich bin zuversichtlich, dass das gelingt.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Wir müssen diesen Weg an dieser Stelle aber eben gehen und sicherstellen, dass wir dann auch dort in eine zweite Förderrunde gehen können.

Ein Letztes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei manchen Entscheidungen haben Sie noch gar nicht gemerkt, dass wir den Einstieg in die Gigabit-Gesellschaft geschafft haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Mit der vorausschauenden Entscheidung im Rahmen des Bayerischen Mediengesetzes, das analoge Kabel abzuschalten, schaffen wir es, ohne einen Euro in die Hand zu nehmen, dass ab dem Jahr 2019 potenziell 70 % der bayerischen Haushalte unmittelbar ins Gigabit-Zeitalter starten. Das nenne ich eine kluge Politik und eine kluge Regulierung für dieses Land.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend darf ich Sie auffordern: Nicht reden, sondern einfach machen! Sagen Sie das am besten auch Ihren Bürgermeistern draußen, und dann werden auch dieje-

nigen, die heute noch Schwierigkeiten haben, am Ende merken, dass dieses baye-
rische Breitbandprogramm Bayern tatsächlich unmittelbar ins Gigabit-Zeitalter bringt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste
hat Frau Kollegin Karl von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kolle-
gen! Lassen Sie mich zu Beginn kurz referieren, wie alles begann mit dem schnellen
Internet in Bayern. Es begann – ich kann es Ihnen nicht ersparen, lieber Herr Kollege
Huber – mit Ihrem Ausspruch im Jahr 2006: Der Markt regelt das schon alles.

2008 kam dann die Kehrtwende mit Minister Zeil. Es wurde ein erstes Breitbandförder-
programm aufgelegt. Dieses Breitbandförderprogramm war zwar ein Bürokratiemonst-
ter und auch nicht ausreichend mit Geld unterlegt, aber es hat einen Richtungswech-
sel markiert; denn der Freistaat Bayern hat sich das erste Mal zu seiner Verantwortung
bekannt, beim Aufbau des schnellen Internets selbst aktiv zu werden.

Ich muss der Staatsregierung aber auch sagen: Sie haben für diese Erkenntnis we-
sentlich länger gebraucht als die SPD-Fraktion. Wir haben diese Notwendigkeit bereits
2006 deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Staatsminister, es ist immer das Gleiche: Die SPD schlägt etwas vor, die
CSU und die Staatsregierung lehnen es ab, Jahre später ziehen Sie dann nach und
greifen unsere Vorschläge auf.

(Zuruf von der CSU: Aber dieser Spruch hat so einen Bart! – Harry Scheuenstuhl

(SPD): Aber es stimmt halt! Immer wieder!)

Es ist angeblich auch immer die EU schuld, wenn etwas nicht vernünftig vorangeht.
Die 19 Verfahrensschritte hatte angeblich auch die EU vorgeschrieben. Kaum war die

Landtagswahl vorbei, war die EU kein Problem mehr. Herr Kollege Blume, ich sage Ihnen voraus, dass auch das Thema mit den 30 Mbit/s in einiger Zeit, wenn Ihr Denkprozess weiter fortgeschritten ist, bei der EU kein Problem mehr sein wird. Hören Sie doch endlich auf, die EU vorzuschieben, wenn Sie nicht vorankommen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben jetzt in Bayern ein gut dotiertes Förderprogramm, und der Ausbau kommt in Schwung. Das ist sehr gut. Allerdings gibt es beim schnellen Internet noch viel zu tun. Das Internet der Dinge ist nicht nur ein geflügeltes Wort, sondern längst Realität. Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet immer weiter voran. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland werden in naher Zukunft bis zu zehn Geräte haben, die Daten liefern – das Smartphone, die Fitnessuhr, der Fernseher, der Kühlschrank, das Auto, auch in Kleidung eingebaute Sensoren und vieles mehr. Alle diese Daten müssen gesammelt, verarbeitet und genutzt werden. Ich glaube, die Größe der Herausforderungen, die das an die Netze stellt, ist vielen noch gar nicht bewusst.

In den Städten in Bayern haben wir mit dem schnellen Internet kein Problem. Das liegt an den dort oft sehr aktiven Stadtwerken. Ich verweise nur auf die Stadtwerke München, die den Ausbau seit vielen Jahren massiv vorantreiben. Wir müssen schauen, dass wir auch in den ländlichen Regionen noch weiter vorankommen. Wir können uns deshalb nicht auf dem Breitbandförderprogramm ausruhen, sondern müssen auch ein starkes Augenmerk auf den Mobilfunk legen.

Ich komme noch einmal zu dem Förderprogramm. Das Förderprogramm ist so zugeschnitten, dass viele Kommunen möglichst schnell teilnehmen konnten. Das ist auch gelungen. 97 % der Kommunen sind im Förderverfahren. Die jetzt auftretenden Probleme, dass einige Firmen beim Ausbau nicht nachkommen, müssen natürlich behoben werden. Ich denke, dass hier die Ämter für Digitalisierung gefragt sind, gemeinsam mit den Kommunen und den Anbietern Lösungen zu finden.

Allerdings besteht, was die Zukunftsfähigkeit des Programms angeht, noch ein großer Aufholbedarf. Die Mindestgeschwindigkeit von 30 Mbit/s ist zu niedrig. Sie fördert Lösungen, die in einigen Jahren technische Steinzeit sein werden, und verstärkt damit die digitale Spaltung in Bayern zwischen Stadt und Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch die CSU-Fraktion hat dies endlich erkannt und in ihrem Banz-Papier niedergelegt, dass Gewerbegebiete in Zukunft mit mindestens 100 Mbit/s angeschlossen werden sollen.

Das Programm ist auch so gestaltet, dass Kommunen nach Ablauf der sieben Jahre Förderfrist nicht Eigentümer des Netzes sein werden, sondern die Kommunen stehen dann mit einem Anbieter da, der natürlich die Wirtschaftlichkeitslücke weiterhin bezahlt haben will, ohne dass diese Kommunen dann eine Möglichkeit haben, selbst zu agieren; denn ihnen gehört ja das Netz nicht. Sie können diese Förderlücke letztendlich nur selbst füllen oder müssen auf das schnelle Internet verzichten.

Andere Bundesländer fördern auch, wenn die Kommunen selbst den Netzausbau betreiben. Das ist etwas, was auch wir uns einmal überlegen müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Sinne der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist auch das Problem abgelegener Ortsteile und Weiler noch immer nicht befriedigend gelöst. Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich das schon oft gesagt habe, aber dieses Thema steht ja auch oft auf der Tagesordnung. Sie wissen, Oppositionspolitik funktioniert einfach nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein. Ich bin deshalb überzeugt, Herr Staatsminister, dass Sie auch diese Anregungen irgendwann aufgreifen werden.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Zum Thema Mobilfunk: Die Menge der Daten, das Projekt "Autonomes Fahren" – all das erfordert, dass wir ein flächendeckendes Mobilfunknetz aufbauen, und zwar von hoher Qualität und perspektivisch im 5G-Standard, und das nicht nur in den Orten, sondern auch auf den Verkehrsstrecken. Aber dafür fehlt es überall an Masten. Es fehlt an der Zusammenarbeit auf regulatorischer Ebene über die Staatsgrenzen hinweg. Es fehlt auch am verstärkten Engagement der Mobilfunkbetreiber. Die Staatsregierung kann hier unseres Erachtens tätig werden. Wir brauchen mehr Aufklärungsarbeit über die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Mobilfunkmasten. Dies ist auch für den störungsfreien Aufbau der BOS-Masten wichtig.

Die Bürger müssen frühzeitig beteiligt werden. Ängste müssen ernst genommen und abgebaut werden; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Mobilfunk ist es ähnlich wie mit den erneuerbaren Energien: Jeder will erneuerbare Energien, aber bitte nicht vor der eigenen Haustür. Natürlich hat jeder ein Handy, aber niemand will einen Mobilfunkmast.

Die Gespräche auf der staatlichen Ebene zwischen Bayern, dem Bund und Tschechien müssen intensiviert werden, damit es endlich auch im Grenzgebiet Regelungen für die Mobilfunkfrequenzen gibt. Dieses Thema schwelt seit vielen Jahren, und es gibt keinerlei Fortschritte.

Wir brauchen Lösungen für die 3 % der Haushalte, die nicht von der Mobilfunkausbauverpflichtung betroffen sind; denn genau diese 3 % der Haushalte haben keinen hochbitratigen Festnetzanschluss. Das sind die Grenzregionen, das sind die kleinen Weiler. Wir dürfen diese Leute nicht aus dem Fokus verlieren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sagen den 3 % der Bevölkerung ja auch nicht: Freut euch, dass 97 % Strom haben, aber für euch reicht es leider nicht. Vielmehr müssen wir anerkennen: Das schnelle Internet wird immer wichtiger, und zwar für alle Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Zum Thema WLAN-Hotspots: Die sind groß angekündigt worden, aber jetzt hört man nicht mehr viel davon.

(Markus Blume (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Ich gehe davon aus, dass mittlerweile alle Schiffe und Schlösser damit ausgerüstet worden sind. Ich freue mich darüber, dass die Kommunen hier zumindest langsam aktiv werden.

Die digitale Infrastruktur, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das eine, die Nutzung und Anwendung sind das andere. In Bayern wird die Diskussion über die Digitalisierung vor allem technokratisch geführt, ohne die Menschen dabei in den Fokus zu nehmen. Die Menschen müssen aber mitgenommen werden, damit die Möglichkeiten der schnellen Netze und der Digitalisierung auch genutzt werden können.

Kinder müssen von Anfang an in einem verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien geschult werden. Wir brauchen in den Schulen nicht nur einen Internetanschluss, sondern auch ein vernünftiges Lehrprogramm. Projekte wie die e-Dörfer sind wichtige Bausteine, um die Digitalisierung im ländlichen Raum direkt für die Bürger nutzbar machen zu können. Solche Projekte müssen intensiviert und ausgeweitet werden.

Gleiches gilt für den Nutzen der Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung. Hier haben wir große Chancen im ländlichen Raum, die noch besser genutzt werden müssen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Handwerker müssen bei der Digitalisierung unterstützt werden, damit sie diese für ihre Wertschöpfung nutzbar machen können. Große Unternehmen können das alleine; sie kommen auch mit Problemen der Datensicherheit alleine klar. Hier müssen wir, wie gesagt, den Fokus auf die kleinen und mittleren Unternehmen legen.

Der Digitalbonus – auch da wiederhole ich mich – ist ein guter Schritt. Die neue Info-kampagne "Breitband@Mittelstand" von BMVI und DIHK ist es auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schaffen wir gemeinsam schnellere Netze und einen schnelleren kompetenten Umgang der Menschen und Firmen mit den neuen Techno-logien!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Ganserer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, zunächst noch ein paar Worte an Sie, Herr Ai-wanger. Es ist zwar nicht meine Aufgabe, die Firma Amplus zu verteidigen. Aber Ihre pauschal geäußerten Vorwürfe sind weder geeignet, um die Schwachpunkte des bayerischen Breitbandförderprogramms herauszuschälen, noch dürften sie einer ob-jektiven Betrachtung standhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU)

Es ist richtig, dass es beim Ausbau in der Stadt Rottenburg an der Laaber zu Verzöge-rungen kam. Aber nach der Darstellung des Unternehmens Amplus lag die Verzöge-rung daran, dass der magentafarbene Platzhirsch unter den Telekommunikationsun-ternehmen die Nutzung der eigenen Leerrohre verweigert hat. Da ist es unsere Aufgabe, die Staatsregierung zu fragen, ob das wirklich so ist, ob das ein Einzelfall war und, wenn es kein Einzelfall ist, was die Staatsregierung unternimmt, damit die Te-lekom ihre Marktmacht nicht missbraucht, der Konkurrenz den Wettbewerb nicht er-schwert und so den Breitbandausbau nicht unnötig verteuert.

Ebenso ist für mich die Frage offen, ob die Stadt, also Ihr Parteifreund, bereits die Förderzahlung vom Freistaat Bayern erhalten hat und warum Ihr Parteikollege die letz-

te Abschlagszahlung, die schon im November letzten Jahres fällig gewesen wäre, der Firma Amplus bis heute noch nicht ausgezahlt hat. Auch dies gilt es noch zu klären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber jetzt zum eigentlichen Thema. Mittels Digitalisierung können wir im ländlichen Raum nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern auch neue schaffen. Das heißt, der Breitbandausbau ist mit eine Grundvoraussetzung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern.

Die CSU-Regierung möchte Bayern in das Zeitalter der Digitalisierung führen, sozusagen in der Champions League mit Silicon Valley und Tel Aviv mitspielen. Doch beim schnellen Internet ist Deutschland im internationalen Vergleich leider nur Mittelmaß. Sie, Herr Staatsminister Söder, haben das sofort erkannt und sofort die politische Dimension gespürt. Wenn man sich überlegt: 2.000 Gemeinden in Bayern, jede Gemeinde will schnelles Internet, und jeder Förderbescheid wird dem Bürgermeister pressewirksam persönlich übergeben. Da ist natürlich viel politisches Potenzial drin. Beim Überreichen der Förderbescheide spielen Sie wahrscheinlich heute schon an der Weltspitze mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wagen wir doch einmal den sonst von der Staatsregierung so gern geübten Vergleich zwischen den Bundesländern. Wie schaut es dann aus? – Laut der Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Frau Dorothee Bär, Ihrer Parteikollegin, spielt Bayern im Ländervergleich bei der Versorgung der Haushalte mit leitungsgebundenen Breitbandanschlüssen, also bei Zugängen mit mindestens 100 Mbit/SPD im Downstream, leider nur im Mittelfeld. Da erreichen wir Platz 10. Nimmt man ein weniger ambitioniertes Ziel, nämlich die Quote von 50 Mbit/s, liegt Bayern gerade einmal auf Rang 11. Hinter uns kommen dann nur noch die neuen Bundesländer. Das heißt, bei der Versorgung der Haushalte mit hochratigen Anschlüssen

sen ist die CSU nicht super, nein, da ist die CSU im Ländervergleich bestenfalls mittelmäßig unter den Mittelmäßigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die 30 Mbit/s im bayerischen Ausbauprogramm sind nicht ambitioniert genug, und das wissen Sie sehr genau. Es war auch ein CSU-Antrag, die Gewerbegebiete mit Glasfaserkabel zu versorgen, damit der zunehmende Bedarf von Breitbandanschlüssen mit 100 Mbit/s gedeckt werden kann.

Aber dann frage ich Sie: Warum diese Einschränkung? Warum nur für Gewerbegebiete? Software-Entwickler, Designer, Architekten, Konstrukteure etc. sitzen mit ihren Unternehmen nicht zwangsläufig in Gewerbegebieten. Deswegen brauchen wir Breitbandanschlüsse mit 100 Mbit/s und Glasfaserkabel im gesamten Land und auch für alle Häuser.

Hören Sie endlich auf mit der Behauptung, diese 30 Mbit/s wären eine Vorgabe der EU. Ich war mit dem Wirtschaftsausschuss letztes Jahr in Brüssel. Dort hat EU-Kommissar Günther Oettinger etwas ganz anderes erzählt. Auch Ihr Parteikollege Herr Dobrindt setzt als Mindestversorgungsziel im Bundesprogramm 50 Mbit/s. Das heißt, Ihr Ausbauprogramm ist nicht ambitioniert genug. Es setzt vor allem auf die falsche Technologie: Mit dem alten Klingeldraht aus Kupfer werden Sie die Breitbandversorgung nicht zukunftsfest machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern hätte man als Thema für die heutige Aktuelle Stunde schreiben müssen: Die CSU betreibt den schnellen Ausbau des langsamen Internets.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Kirchner von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal hat man schon den Eindruck, dass eine Aktuelle Stunde auch zu einer Märchenstunde verkommen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn ich von Herrn Ganserer höre, dass der Internetausbau irgendwo auf 30 Mbit/s begrenzt wird, dann zeigt das für mich, dass Sie entweder nicht verstanden haben, wie das Breitbandausbauprogramm funktioniert bzw. wie die Kriterien gesetzt sind, oder Sie wollen uns hier einfach andere Eindrücke vermitteln, als Sie sie in der Realität haben.

Keine Kommune in Bayern wird aufgefordert, schnelles Internet mit nur 30 Mbit/s auszubauen, sondern die EU-Richtlinie schreibt vor, dass eine Internetversorgung mit einer Übertragungsrates kleiner 30 Mbit/s vorhanden sein muss, damit die Richtlinie greifen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Ganserer (GRÜNE))

Jede Kommune kann Highspeed ausbauen, und der Freistaat Bayern macht das genau an dieser Stelle. Hören Sie also bitte mit den falschen Darstellungen auf.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich möchte Ihnen das Breitbandförderprogramm noch einmal darstellen, damit Sie es vielleicht doch an der einen oder anderen Stelle verstehen und es auch nach draußen transportieren können. 1,5 Milliarden Euro setzt der Freistaat Bayern dafür ein. Sie haben von den Kommunen gesprochen. Welche Kommunen sind daran beteiligt? Es sind 1.416 Kommunen mit einem Förderbescheid. Nur damit Sie es prozentual einmal hören: in Oberbayern 93 %, in Niederbayern 99 %, in der Oberpfalz 98 %, in Oberfranken 100 %, in Mittelfranken 96 %, in Unterfranken 96 % und in Schwaben 96 %. Das

sind die Kommunen, die sich bereits im Verfahren befinden. Sie können also nicht sagen, in Bayern ginge der Ausbau nicht voran.

570.000 Haushalte werden angeschlossen, 25.000 km Glasfaserkabel sind verbaut. Das entspricht dem achtfachen Umfang Bayerns. Wenn Sie dann noch die Haushalte mit einem Anschluss über 50 Mbit/s anschauen, stellen Sie einen Zuwachs von 900.000 Haushalten fest.

(Markus Ganserer (GRÜNE): Platz 11!)

Ich weiß nicht, wie Sie feststellen können, dass hier nichts stattfindet.

Frau Karl, Sie hatten das WLAN angesprochen. Wenn man sieht, dass das Bayern-WLAN auch noch dazukommt, 200.000 Hotspots bis zum Jahr 2020, dann müssen Sie doch unter Berücksichtigung des Ist-Standes feststellen, dass sich bereits 800 Kommunen angemeldet haben und 2.200 Hotspots in Betrieb sind.

Wenn man das Ganze einmal betrachtet, sieht man, dass auch ein Gesamtkonzept dahinter steht, das Sie für sich anscheinend immer noch suchen, dass der Breitbandausbau im Vordergrund steht, dass BayernWLAN das Ganze abrundet, eine digitale Verwaltung dahintersteht, die IT-Sicherheit mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in Nürnberg im Vordergrund steht und natürlich auch die Bayern-Labs, die ein Stück weit die Innovation in den ländlichen Raum bringen, eine wichtige Rolle spielen.

Noch einmal: 900.000 Haushalte sind an das schnelle Internet angebunden. Wenn Sie immer vergleichen, dann vergleichen Sie auch Äpfel mit Birnen. Es sind mehr Haushalte, als Mecklenburg-Vorpommern insgesamt hat. Wenn Sie Ihre Statistik bemühen, dann schauen Sie es sich genau an.

(Beifall bei der CSU)

Die Internetversorgung hat sich damit auch in etwa verdoppelt.

Jetzt sprechen Sie vom ländlichen Raum.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen kann ich für mich in Anspruch nehmen, dass ich ein Abgeordneter aus dem ländlichen Raum bin. Ich komme aus einer Flächengemeinde mit zwölf Ortsteilen. Der Internetausbau schreitet bei uns voran, es wird weiter ausgebaut, und es werden mehr Anschlüsse jenseits der 30 Mbit/s bis 100 Mbit/s. Das ist ein gigantischer Aufschlag für den ländlichen Raum. Genau so soll es sein. Es spielt keine Rolle mehr, ob wir im Ballungsraum München oder im ländlichen Raum sind. Wir sind ab sofort an die Welt angeschlossen, im digitalen Zeitalter vollkommen präsent. Also machen Sie bitte nicht immer den ländlichen Raum schlecht.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Angesprochen wurde auch, dass dieses Breitbandförderprogramm natürlich eine Dynamik bekommen hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Reden Sie mal mit den Bürgermeistern!)

So ist es völlig klar, dass auch nachjustiert wird, dass man den Bürgermeistern über die Breitbandmanager die Empfehlung gibt, dass ein neu entstehendes Gewerbegebiet über ein Glasfaserkabel mit 100 Mbit/s und mehr angeschlossen wird. Es ist wichtig, dass man, wenn man in der Bauleitplanung gewisse Dinge vorhat, im Hinterkopf behält, dass dort ein Glasfaserkabel liegt und daran auch angeschlossen wird.

Sie haben vorhin das Bundesförderprogramm angesprochen. Nebenbei bemerkt: Der Freistaat Bayern ist sehr vorbildlich und proaktiv für seine Kommunen mit der Kofinanzierung in Höhe von 165 Millionen Euro, um genau die Lücken an der einen oder anderen Stelle, diese weißen Flecken, noch erschließen zu können. Alles in allem kann ich Ihre Vorwürfe nicht ganz verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Um an dieser Stelle ein Resümee zu ziehen: Das ist das beste Konzept, das in Deutschland momentan existiert – das muss man als bayerischer Abgeordneter einmal zweifelsfrei anerkennen. Bayern geht voran. Bayern pusht das Internet. Vor allem wird Bayern zukunftsfähig, weil das Glasfaserkabel in die Fläche kommt und ganz Bayern angeschlossen wird. Wenn man zukünftig neue Infrastruktur schaffen möchte, hat man die Chance, an das Glasfaserkabel vor Ort anzudocken, um auch im Gigabit-Zeitalter präsent zu sein.

Eine kleine Anmerkung: Dass von diesem Programm natürlich die bayerische Bauwirtschaft profitiert, war im Vorfeld klar, aber dass die Unternehmen für den Ausbau mittlerweile keine Tiefbauunternehmen mehr finden, zeigt doch, dass das Programm erfolgreich ist. Das ist der beste Beleg dafür, dass der richtige Weg beschritten worden ist.

Ich möchte abschließend einen Appell an die Kommunen richten, die Sie angesprochen haben. Der Breitbandmanager soll vor Ort auch der Ansprechpartner sein, um gewisse Herausforderungen und Problemstellungen auf dem direkten Weg zu klären, damit manche Dinge, vielleicht auch mit Privatanbietern, entsprechend abgehandelt werden können.

Mein Kollege Herr Blume hat vorhin gesagt und auch ich meine, dass das, was Sie fordern, schon längst in der Diskussion ist. Nach dem Jahr 2018 wird es vielleicht ein weiteres Programm geben. Der Minister hat bereits angekündigt, dass man sich darüber Gedanken macht,

(Zuruf von den GRÜNEN: "Vielleicht" ist zu wenig!)

um Bayern weiter in die Zukunft zu führen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Söder, der Sie für dieses Thema des Breitbandausbaus federführend zuständig sind, ich glaube, wir erleben hier mit dem Thema Breitband eine Neverendingstory, beginnend mit einer völligen Fehleinschätzung der Situation aus der Ära Huber über eine Zeit mit einem Minister Zeil, für den schnelles Internet schon bei wenigen Hundert kbit/s gegeben war. Entsprechend seiner Sprechgeschwindigkeit war das eine "schneckische Hochgeschwindigkeit".

Meine Damen und Herren, bei den Gemeinden draußen gibt es massive Probleme, sodass sich Bürgermeister Anwälte nehmen müssen, um die von den Netzbetreibern vertraglich zugesagten Übertragungsleistungen einklagen zu können. In dieser Zeit ist festzustellen: Jawohl, das, was uns zugesagt worden ist, ist leider nicht umgesetzt worden. Davon betroffen ist neben vielen anderen Kommunen auch meine Heimatkommune Rottenburg an der Laaber, wo das Unternehmen Amplus mittlerweile Vertragsstrafe bezahlt hat, weil es das nicht umsetzt, was unterschrieben worden ist.

Meine Damen und Herren, die Bürgermeister haben ein langwieriges Ausschreibungsverfahren hinter sich gebracht, die Kunden, die Wirtschaft und die Bürger, warten auf den zugesagten Anschluss, und die Bürgermeister müssen im Monatsrhythmus die Fertigstellung nach hinten verschieben. Deshalb gehe ich heute gar nicht auf die große ideologische Debatte ein, welche Regionen der Welt hier weiter sind usw. Nein, es geht uns darum, rein handwerklich das abzuarbeiten, was versprochen worden ist. Herr Söder, an dieser Stelle gebe ich Ihrem Chef ein bisschen recht, der gesagt hat: Das Überreichen des Förderbescheids ist noch keine Strategie. Das ist vielleicht ein Teil der Strategie; aber es reicht eben nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe in meiner Anfrage zum Plenum gefragt, ob dem Ministerium die Probleme bei der Umsetzung bewusst sind und bei wie vielen Kommunen es Probleme gibt. Darauf wurde geantwortet, dass keine Mängelliste geführt werde. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sehe ich Sie als Minister zuständig. Die Angelegenheit darf nicht erledigt sein, wenn vor Ort das Selfie mit dem Förderbescheid geknipst ist, sondern Sie müssen auch darauf aufpassen, wohin dann die Fördergelder, also Steuergelder, fließen und ob man am Ende gewisse Unternehmen nennen muss, die etwas unterschreiben und dann in größerer Zahl nicht einhalten können. Wir wissen auch: Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Es gibt Verzögerungen aus Witterungsgründen usw. Aber wenn in größerer Zahl Gemeinden nicht so bedient werden wie versprochen, dann führen Sie darüber bitte eine Mängelliste, und holen Sie die beiden vielleicht größten Player in dieser Geschichte an einen Tisch. Häufig hat man den Eindruck, dass die Telekom und Amplus nicht so miteinander können, wie sie müssten. Vielleicht will sogar der eine verhindern, dass der andere seine Verträge erfüllen kann. Das muss geklärt werden. Das muss mit den beiden besprochen werden. Gibt es hier nur ein Kommunikationsproblem zwischen Kommunikationsanbietern oder ist hier böse Absicht mit im Spiel, um den anderen alt aussehen zu lassen? Am Ende sehen auf alle Fälle der Bürgermeister und der Netzkunde, die enttäuscht sind, alt aus.

Herr Söder, Sie sind mit dieser Aktion gut gestartet. Passen Sie auf, dass Sie am Ende nicht alt aussehen, wenn vieles von dem, was versprochen ist, nicht umgesetzt wird. Ich nenne Ihnen ein paar Firmen, die hier unterwegs sind. Neben Telekom und Amplus sind noch ein paar kleinere Unternehmen unterwegs. Ich nenne Ihnen ein paar Gemeinden mit Bereitstellungsproblemen, die man bei flüchtiger Recherche im Internet schnell findet. Herr Söder, ich lasse nachher diese kleine Liste für Sie liegen. Sie können sie ins Ministerium mitnehmen und checken, ob diese Gemeinden jetzt schon zufrieden sind oder ob sie da nachbessern müssen. Sie haben angeboten, dass man eventuell draufschauen würde, wenn sich Gemeinden melden. Ich lese Ihnen die Namen von 14 Gemeinden vor: Rottenburg an der Laaber, Mallersdorf-Pfaffenberg,

Rettenberg, Stephansposching, Postau, Niederaichbach, Michaelsbuch, Hettenkofen, Blaibach, Bubach, Waldmünchen, Böbrach, Gotteszell, Neukirchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist ein kleiner Auszug aus der Liste der Gemeinden mit Bereitstellungsproblemen.

(Zuruf von der CSU)

Vielleicht können Sie wenigstens bei diesen Gemeinden nachfragen, ob dort die Welt in Ordnung ist. Ob dort ein CSUler oder ein FREIER WÄHLER Bürgermeister ist, ist, glaube ich, zweitrangig. Bei flüchtigem Drüberschauen, meine ich, sind beide dabei. – Danke schön. Machen Sie Ihre Arbeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Holetschek von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Holetschek (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben Ihren Zettel vergessen, Herr Aiwanger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe ihn für den Söder liegen lassen!)

Herr Kollege Aiwanger, es ist einfach eine Unverschämtheit, was Sie hier machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Den Minister auf der einen Seite dafür zu kritisieren, dass er Förderbescheide übergibt, und auf der anderen Seite mit dem Mittelständler vor Ort nicht mal Kontakt aufzunehmen, um mit ihm ins Gespräch zu kommen, passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn der Minister draußen ist, spricht er mit den Bürgermeistern. Ich habe das selber erlebt. Das ist gelebter Bürgerdialog, was der Minister macht.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Einmal! – Volkmar Halbleib (SPD): Ein Selfie ist kein Bürgerdialog!)

So muss Politik funktionieren. Wenn die Aussage stimmt, haben Sie mit dieser Firma, die Sie heute hier kritisiert haben, einem Mittelständler, bis jetzt kein einziges Mal gesprochen.

(Markus Blume (CSU): Unglaublich!)

Ist das Ihr Verständnis von Politik, Herr Kollege Aiwanger?

(Beifall bei der CSU)

Dafür muss man sich schämen. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle ganz offen. Wenn die Umfrage von SAT.1 heute veröffentlicht wird, werden Sie sehen, was die Bürgerinnen und Bürger von Ihrer Politik halten. Wir werden das nachher sehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wissen Sie das Ergebnis schon wieder?)

Ich wage die Prognose, Herr Kollege Aiwanger, dass die Bürgerinnen und Bürger sagen werden: Die CSU ist die Partei des ländlichen Raums. Die CSU ist die Partei der Heimat. Die CSU ist bei den Menschen draußen. – Sie werden die Quittung für Ihre heutige Politik bekommen. Das garantiere ich Ihnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Getroffene Hunde bellen offenbar!)

– Nein, das hat nichts mit getroffenen Hunden zu tun. Man muss die Dinge mal zuspitzen und auf den Punkt bringen. Was Sie hier abziehen, ist der Versuch, ein gutes Programm, das wirklich seinesgleichen sucht und ein wuchtiger Aufschlag zur Digitalisierung ist, schlechtzureden. Das machen Sie hier, nichts anderes, meine Damen und Herren. Ein solches Förderprogramm gibt es anderswo in der Republik kaum. Viele

Bundesländer haben das gar nicht. Wir haben vorher die Zahlen gehört, wie viele Kommunen schon im Förderverfahren sind. Ich war selber Bürgermeister einer Stadt. Ich habe dieses Programm des Herrn Ministers Zeil selber noch genossen. Das waren 19 Verfahrensschritte, um überhaupt irgendwo reinzukommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da waren Sie an der Regierung! Darf ich Sie darauf hinweisen? Ministerpräsident Seehofer! – Annette Karl (SPD): Wir wollten es ändern, und Sie haben es abgelehnt!)

Das war überbordende Bürokratie. Wir haben vereinfacht, verdoppelt und ein Förderprogramm erstellt, das für die Leute und auch für die Bürgermeister funktioniert. Ich sage Ihnen eines: Es gibt Musterverträge zwischen Netzbetreiber und Kommune. Sie haben sie zitiert. Darin gibt es die Möglichkeit einer Vertragsstrafe. Ich glaube, das wird bei Ihnen sogar genutzt. Das sind Verträge zwischen Kommune und Netzbetreiber. Ich bin sehr dafür, diese im Fall von Problemen aufzunehmen, aber ich glaube nicht, dass der Freistaat überall selber in diese Verträge eingreifen kann. Wir müssen eher mal mit der Telekom reden,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, müssten! Machen Sie das!)

denn da gab es das Problem, dass die Leerrohre nicht mitgenutzt werden konnten. Dadurch kam es zu Verzögerungen. Natürlich ist der Tiefbau im Moment ausgelastet. Unser Programm ist so schnell, dass manche nicht mehr hinterherkommen. Das ist das Problem, Herr Kollege Aiwanger!

(Beifall bei der CSU)

Natürlich werden wir bei diesem Programm nicht stehen bleiben, sondern es geht weiter. Sie kennen die Bemühungen auch in Brüssel, weitere Notifizierungen zu erreichen. Wir werden diesen Staat bei der Digitalisierung voranbringen und mit schnellem Internet versorgen. Wir werden dadurch dem Verfassungsauftrag gerecht, für gleich-

wertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu sorgen. Wir werden unsere Heimat voranbringen.

Ich will noch an die anderen Initiativen erinnern. Es geht um das "BayernPortal". Es geht um Heimat digital. Es geht um WLAN. Es geht um die Versorgung des Tourismus. Dieses Programm enthält sehr viele Punkte. Sie werden es nicht schaffen, dieses Programm schlechtzureden. Der Freistaat wird sicher helfen, wo er helfen kann. Sie reden nicht mit den Mittelständlern. Ich kann Ihnen nur empfehlen, Ihre Haltung zu überdenken. Wir haben ein Programm, das eine Erfolgsgeschichte ist. Dort, wo es Probleme gibt, werden diese gelöst. Dafür steht auch unser Heimatminister Markus Söder.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzter hat nun der Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Staatsminister Dr. Markus Söder erblickt einen Zettel des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) auf dem Rednerpult)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): In dieser Form arbeiten die FREIEN WÄHLER: mit einem Schmuzettel, mit einer Sauklaue. Entschuldigung!

(Heiterkeit bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind die Gemeinden! Steck es dir ein! – Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ist das ein Glückskeks? – Volkmar Halbleib (SPD): Niederbayerischer Glückskeks!)

So kann man im Bayerischen Landtag nicht ernsthaft arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Gemeinden hätten es verdient, dass ein Vorsitzender einer Fraktion einen ordentlichen Brief schreibt, den man ordentlich bearbeiten kann, nicht einen abgerissenen Zettel.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist für dich, nicht für die Bürgermeister!)

– Die Gemeinden haben mehr verdient, lieber Hubert Aiwanger, als einen solchen Schmierzettel. Sorry, wenn ich das so sage.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum inhaltlichen Teil. Ist uns allen eigentlich bewusst, dass wir mit dem Breitbandprogramm eine historische Infrastrukturentscheidung für Bayern getroffen haben? – In einer Zeit, die von der Digitalisierung geprägt ist und in der der Strukturwandel unglaublich schnell voranschreitet, ist es für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern absolut entscheidend, dass die Erreichbarkeit digitaler Dienste für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Es entscheidet sich an der Frage, ob man sich auf der Datenautobahn oder auf dem Datenkiesweg befindet. Unser Ziel ist es, dass jeder in Bayern, ob in Stadt oder Land, die gleichen digitalen Rechte hat. Kein anderes Bundesland hat sich ein solches Ziel gesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

96 % aller Gemeinden befinden sich im Verfahren; das ist schon angesprochen worden. Wenn 14 von 1.979 Gemeinden ein Problem haben, dann greifen wir das gern auf. Aber der hohe Anteil von 96 % zeigt doch, mit welcher Wucht, mit welcher Kraft in Bayern auch an dieser Stelle gearbeitet wird.

1.416 Kommunen haben insgesamt schon 1.588 Förderbescheide erhalten. Das heißt, dass viele Gemeinden schon zum zweiten Mal, einige sogar schon zum dritten Mal im Verfahren sind. Auch diese Zahlen verdeutlichen, wie erfolgreich die Gemeinden beim Ausbau vorankommen.

Das Überreichen von Förderbescheiden dient übrigens nicht in erster Linie dazu, dass Fotos gemacht werden. Es handelt sich vor allem um ein Symbol für die Bürger, dass etwas vorangeht, damit Bürger und Gewerbe in den Gemeinden spüren, dass der Freistaat sie nicht alleinlässt. Das ist ein entscheidender Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Wir fördern übrigens nur den Ausbau des Glasfasernetzes. 26.000 km werden schon gebaut – Kollege Blume hat es angesprochen –, und es werden jeden Tag mehr. Wir schaffen in Bayern ein weit verzweigtes Netz, das bis in jedes Dorf hineinreicht. Aktuell werden über 580.000 unversorgte Haushalte an das schnelle Netz angeschlossen. Wir können bereits 62 % der Haushalte mit 100 Mbit/s versorgen. Die Zahlen für 50 Mbit/s liegen deutlich höher. Davon profitiert vor allem der ländliche Raum. Die Zuwachsraten liegen bei 15 Prozentpunkten in ganz Bayern, im ländlichen Raum sogar bei über 16 Prozentpunkten. Kaum ein anderes Bundesland weist eine derartige Dynamik auf. Kaum ein anderes Bundesland verzeichnet derartige Steigerungsraten wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten nicht vergessen, woher wir gekommen sind: Der Freistaat Bayern hat topografisch und von der Siedlungsstruktur her die größten Herausforderungen aller Bundesländer zu bewältigen. Es ist natürlich einfacher, in der Lüneburger Heide Leitungen zu verlegen als im Alpenraum. In Großstädten ist es wiederum leichter als in den vielen kleinen Gemeinden. Dennoch haben wir den Ausbauprozess deutlich vorangebracht.

Sie sollten auch bedenken, dass in den meisten Bundesländern nur das Bundesprogramm in Anspruch genommen wird. Beim Bund beginnen erst die Ausschreibungen, in Bayern wird dagegen schon gebaut; vielerorts ist der Ausbau bereits abgeschlossen. Wir sind also schneller als andere. Damit schaffen wir Wettbewerbsvorteile für unsere bayerischen Gemeinden, für unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

Apropos Bund: Auch dessen Programm läuft bei uns gut. Aktuell sind 134 bayerische Gemeinden in 52 Projekten dabei. Dennoch möchte ich an den Unterschied erinnern; vom bayerischen Programm profitieren nämlich bereits fast 96 % aller Gemeinden. Die Bundesmittel in Höhe von 120 Millionen Euro fließen zwar, aber nur deswegen, weil

wir vonseiten des Freistaates 57 Millionen Euro draufgelegt haben. Das heißt, der Bund kann mit seinem Programm nur deshalb Fahrt aufnehmen, weil wir es kofinanzieren. Es läuft wirklich optimal; mit bayerischer Unterstützung kann das Bundesgeld abgerufen werden. Auf diese Weise bewirken wir einen zusätzlichen Effekt, der unserem Land guttut.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Themen Höfe und Gewerbe kommt es ebenfalls zu deutlichen Verbesserungen. Die Bürgermeister beginnen in ihren Gemeinden den Ausbau dort, wo es am dringlichsten ist. Dann kommt es Schritt für Schritt zur Erweiterung, bis schließlich die gesamte Fläche der Gemeinde digital erschlossen ist.

Weit draußen liegende Höfe sind besonders schwer zu erschließen. Daher setzen wir für den Ausbau in Streusiedlungen besondere Anreize. Besonders viele Streusiedlungen haben wir in Niederbayern, einige aber auch in Oberbayern.

Wir schaffen eine zusätzliche Fördermöglichkeit – diese wird vom 1. Juli 2017 an nutzbar sein –, damit auch Weiler und kleinere landwirtschaftliche Betriebe angeschlossen werden. Das macht niemand sonst in Deutschland. Auch daran wird deutlich, dass sich der Freistaat Bayern wie kein anderes Bundesland um die Landwirtschaft kümmert.

Bevor ich auf das Thema "Gigabit für Gewerbe" zu sprechen komme – auch da gehen wir neue Wege –, möchte ich noch auf die Frage eingehen, was "schnelles Internet" eigentlich ist. Laut Festlegung der Wettbewerbskommissarin liegt die Grenze bei 30 Mbit/s. Herr Oettinger teilt unsere Auffassung, dass schnelles Internet heute anders definiert werden muss. Aber relevant für die Genehmigung der Förderprogramme ist, wie bei fast allem in Europa, die Festlegung der Wettbewerbskommissarin auf 30 Mbit/s. Wir haben übrigens eine große Leistung vollbracht, als wir innerhalb von vier, fünf Monaten ein komplett neues Verfahren mit veränderten Richtlinien auf den Weg bringen und dieses der Kommission zur Genehmigung einreichen mussten.

Die meisten Gewerbegebiete werden durch das neue Programm erschlossen. Diejenigen, die schon 30 Mbit/s erreicht hatten, zum Beispiel als Ergebnis der Eigeninitiative der jeweiligen Gemeinde oder der ortsansässigen Unternehmen, dürfen wir nicht extra fördern. Wir wollen aber einen Zusatzeffekt bewirken; denn gerade für das Gewerbe ist der Schritt in das Gigabit-Zeitalter unbedingt notwendig. Wir verhandeln mit der Kommission und starten mit Pilotprojekten. Wir haben das Ziel, nicht bei einer einmal festgelegten Megabit-Zahl stehen zu bleiben; die Zukunft gehört eindeutig der Gigabit-Gesellschaft. Beim Gewerbe beginnt der Einstieg. Das ist gut für die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu der Frage, ob in einigen Regionen schneller oder besser als anderswo ausgebaut wird: Wir kümmern uns um jede Gemeinde, die Bedarf anmeldet. Wer schon bei der Einweihung eines neuen Breitbandnetzes in einer Gemeinde dabei war – Hubert Aiwanger, viele Kollegen deiner Fraktion sind gern dabei, wenn ich das mache –, der weiß, was dort berichtet wird: Die TK-Unternehmen müssen aus anderen Bundesländern Mitarbeiter holen, um die Aufträge in Bayern überhaupt abarbeiten zu können. Tiefbaufirmen aus ganz Deutschland und sogar aus dem Ausland werden engagiert, um das zu schaffen. Wir helfen jedem gern. Aber was die Baukapazitäten angeht, so muss ich darauf hinweisen, dass ich nicht über einen Bauhof verfüge.

Es bleibt bei der Feststellung: Unser Programm ist ein Erfolgsmodell. Schlimmer wäre es, wenn ein Programm aufgelegt worden wäre, das niemand in Anspruch nehmen wollte. Wir haben ein Programm, das jeder in Anspruch nehmen will, das jeder nutzt. Das ist ein gutes Zeichen für den Freistaat Bayern.

Das Lob durch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und durch die Industrie- und Handelskammern ist das eine. Aber uns loben auch die Kommunalpolitiker, das heißt die Bürgermeister und die Landräte. Ganz besonders freue ich mich, wenn auch Kommunalpolitiker der FREIEN WÄHLER uns loben. Das sei vor allem dem vorvorher-

rigen Redner gesagt, der uns hier mit seinem Zettel bereichert hat. Landrat Dreier beispielsweise sagte letztens bei einem Spatenstich: Das Förderprogramm des Freistaates Bayern hilft den Kommunen vorbildlich. – Lieber Hubert Aiwanger, wenn du uns nicht glaubst, dann glaube wenigstens deinem Parteifreund aus Landshut. Er hat an dieser Stelle recht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Karl, noch etwas zu dem Thema BayernWLAN. Dabei handelt es sich um ein einzigartiges Projekt. Es ist deswegen einzigartig, weil wir anderswo in Deutschland damit nicht vorankommen. Gründe sind vor allem die Störerhaftung und andere rechtliche Fragen.

Wir wollen bis zum Jahr 2020 20.000 Hotspots aufbauen. Davon profitieren Kommunen, staatliche Behörden und der Tourismus; im ÖPNV ist übrigens bereits eine Reihe von Projekten gestartet worden. Der Vorteil bei uns liegt darin, dass es keine rechtlichen Probleme gibt, keine Störerhaftung. Der Jugendschutzfilter ist ebenfalls dabei, weil wir das staatliche Netz quasi erweitern. Wir ermöglichen die anonyme Nutzung des WLANs rund um die Uhr und kostenlos. Hinzu kommt, dass immer dieselbe Kennung verwendet werden kann. Wer durch das Land fährt, braucht sich nur einmal einzuwählen.

Über 2.500 Hotspots sind bereits freigeschaltet. Über 800 Gemeinden haben sich beim WLAN-Zentrum in Straubing gemeldet, um Verträge abzuschließen. Über 550 Kommunen haben bereits Verträge abgeschlossen. Das mag einerseits den einen oder anderen nicht so spektakulär anmuten wie der Breitbandausbau, da der WLAN-Ausbau kaum sichtbar ist. Andererseits wird dieser Ausbau umso schneller vorangehen.

Ich fasse zusammen. Der Freistaat Bayern arbeitet als einziges Bundesland auf der Grundlage einer Kombination aus Breitbandausbau im Boden und WLAN-Ausbau mit dem Ziel: schnelles Internet für alle. Damit schaffen wir schon heute die Voraussetzun-

gen für die nächste Generation des Mobilfunks. Wir sind mittendrin im Ausbauprozess. Bei uns wird gebaut wie nie zuvor. Das ist, nebenbei bemerkt, auch ein Mittelstandsförderprogramm, von dem insbesondere der ländliche Raum profitiert.

Wenn ich die Stimmung der Bürgermeister zusammenfasse, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass sie uns als Partner sehen. Sie sind froh, dass der Freistaat Bayern diese Aufgabe übernimmt. Das hat übrigens nicht nur etwas mit dem speziellen Ziel der Wirtschaftsförderung, sondern auch ganz allgemein mit unserem Selbstverständnis zu tun. Wir bringen uns gegenseitig Respekt entgegen. Wir lassen den ländlichen Raum nicht allein. Wir geben dem ländlichen Raum die echte Chance, am Ende digital auf Augenhöhe mit den Großstädten zu sein. So stelle ich mir die Umsetzung unserer Heimatstrategie vor.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.